

Antrag

A3NEU6 Aus christlicher Überzeugung für Demokratie und gegen rechten Extremismus und Populismus

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 **politische** Vertretungen und **Gewalt gegen** marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als **katholische** Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und **rechtspopulistische** Positionen und Handlungen und setzen uns für eine
24 vielfältige und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von
25 demokratischen Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns
26 selbstverständlich.

27 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
28 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
29 gegen Demokratiefeindlichkeit und **Autoritarismus**. **Wir** bekennen uns zur Wahrung
30 der Menschenrechte weltweit. **Um das zu gewährleisten, braucht es**
31 **partizipatorische Prozesse und demokratische Kontrollmechanismen**.

32 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
33 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns

34 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
35 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir
36 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
37 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
38 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

39 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
40 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

41 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

42 • **Position beziehen**

43 ***Wir beziehen öffentlich klar Position gegen rechtsextreme Übergriffe und***
44 ***Gewalttaten***, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns
45 nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere
46 Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen,
47 ***insbesondere auch in den kirchlichen Strukturen***, hinzuwirken. Hierzu haben
48 wir bereits Beschlüsse gefasst, die wir an dieser Stelle noch einmal
49 bekräftigen.[\[1\]](#)

50 • **Bildungsarbeit**

51 ***Wir verstehen Jugendverbandsarbeit als zentrales, wertebasiertes***
52 ***Bildungsangebot für junge Menschen. Politische Bildung ist für uns ein***
53 ***zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Unsere***
54 ***Bildungsangebote haben einen rassistuskritischen und feministischen***
55 ***Anspruch. Junge Menschen lernen gesellschaftliche und kirchliche Normen zu***
56 ***hinterfragen, selbstständig zu denken und werden gestaltender, mündiger***
57 ***Teil einer demokratischen Gesellschaft.***

58 • **Vernetzung**

59 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und ***Diözesanverbänden*** weiter
60 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot ***für***
61 ***sie***, bei dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise
62 der anderen erweitert werden ***können***. Zudem vernetzt sich der BDKJ
63 ***Bundesvorstand*** mit anderen antifaschistischen Organisationen und
64 Gruppierungen, ***u.a. mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche &***
65 ***Rechtsextremismus (BAG K+R) und dem Bundesverband Mobile Beratung***, um eine
66 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
67 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
68 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

69 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

70 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
71 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
72 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
73 Jugendverbandler*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
74 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
75 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
76 unvereinbar.

77 **Forderungen an die Politik**

78 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
79 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

80 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

81 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
82 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
83 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
84 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre
85 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
86 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
87 und **deren nachgeordneten Organisationen sowie** Stiftungen zu begrenzen und
88 einzustellen. Deshalb begrüßen wir das **Stiftungsfinanzierungsgesetz, das**
89 die Förderung von politischen Stiftungen an die Verfassungstreue knüpft.

90 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

91 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
92 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
93 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
94 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
95 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
96 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
97 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
98 und Vorfälle.

99 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

100 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
101 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
102 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
103 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
104 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
105 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
106 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
107 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun. **Dabei darf insbesondere Gewalt in**
108 **und durch digitale Räume und deren Folgen nicht verharmlost werden.**²

109 • **Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer**
110 **Bildung**

111 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte **und Initiativen** zur
112 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
113 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
114 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
115 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
116 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
117 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
118 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden. **Darüber hinaus**
119 **fordern wir, dass Präventionsmaßnahmen die gegen extremistische Ideologien**
120 **aufklären flächendeckend gefördert werden und politische Bildung in allen**
121 **Schulformen fester Bestandteil der Lehrpläne sein muss.**

122 • **Zurückdrängen extrem rechter und rechtspopulistischer Positionen**

123 Extrem rechte und rechtspopulistische Positionen verbreiten sich zunehmend
124 in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
125 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
126 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
127 dafür einzusetzen, rechtsextreme und rechtspopulistische Positionen aus
128 ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.
129 ***Dazu gehört für uns, gemeinsam Haltung zu zeigen und auf***
130 ***rechtspopulistische (Wahlkampf-)Strategien zu verzichten.***
131 ***Rechtspopulistische Aussagen, die zu Desinformation führen, dürfen nicht***
132 ***unwidersprochen stehen bleiben. Ein respektvoller und faktenbasierter***
133 ***Umgang mit demokratischen Mitbewerber*innen muss gewahrt bleiben.***

- 134 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**
135 Wir nehmen wahr, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
136 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
137 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
138 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
139 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende
140 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
141 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
142 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
143 schützen.

144 **Forderungen an die katholische Kirche**

145 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- 146 • **Reform und Aufarbeitung**
147 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
148 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
149 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
150 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
151 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
152 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
153 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.
- 154 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**
155 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
156 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
157 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
158 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
159 beziehen.
- 160 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem**
161 **rechte Aktivist*innen involviert sind**
162 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
163 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
164 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
165 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
166 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
167

168 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
169 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
170 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

171 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen**
172 **Rechten benennen und bekämpfen**

173 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
174 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
175 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
176 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
177 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
178 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
179 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
180 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

181 Wir setzen uns nachdrücklich **ein** für eine Gesellschaft und für eine Kirche **ein,**
182 **die** frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und
183 Handlungen. Wir sind antifaschistisch.

184 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
185 Hauptversammlungen 2016 und 2020

186 [\[2\] „Digitale Teilhabegerechtigkeit für junge Menschen“](#) - **Beschluss des BDKJ-**
187 **Hauptausschusses 2024**

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.